

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 19 080.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Pettzeile 1.25 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7 gespaltene Pettzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Restame-Pettzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neunzehnhundertneunzehn.

Das Jahr 1919 wird mit blutroten Lettern in der Geschichte des Befreiungskampfes des deutschen Proletariats eingegraben werden müssen. Ein gewaltiges geschichtliches Drama hat sich in diesem Jahre in Deutschland abgepielt. Heute erkennen wir zurückblickend, daß wir Weltgeschichte erlebt haben in den Kämpfen, die wir in diesem Jahre um den Sozialismus geführt haben. In diese Erkenntnis mischt sich die andre, herbe, daß die deutschen Proletarier diese Kämpfe noch viel zu wenig als Wissende geführt haben. Sie waren nicht in dem Maße durchdrungen von der Größe ihrer geschichtlichen Mission, wie es für die Erreichung ihres großen Zieles nötig gewesen wäre. Sie haben sich treiben lassen im Strome des allgemeinen Ganges der Revolution, anstatt das Steuer lähn voranzuhalten.

Die Lehre des vergangenen Jahres ist bitter, aber notwendig. Nur im harten Kampf, nicht im jubelnden Siegeslauf wird das sozialistische Ziel erreicht. In schweren und blutigen Kämpfen hat das deutsche Proletariat erfahren müssen, daß nur das klare Erkennen des Zieles, die bewusste Einsetzung der ganzen Kraft des Proletariats die Möglichkeit gibt, die Widerstände zu zertrümmern, die sich auf dem Wege zum Sozialismus der kämpfenden Arbeiterkraft in den Weg stellen. Die deutsche Arbeiterklasse war zu Beginn des Jahres der Führung revolutionärer Kämpfe ungewohnt. Sie mußte Kampfmittel gebrauchen, deren Anwendung und Wirkung sie nicht aus der Erfahrung kannte. Sie stieß auf Widerstände, mit denen sie nicht gerechnet hatte. In Berlin und Rheinland-Westfalen, in Mitteldeutschland und Obersachsen, in Bremen und Braunschweig, in München und Hamburg rangen die Vortruppen des deutschen Proletariats Brust an Brust mit den Vertretern des kapitalistischen Systems, ohne einen entscheidenden Erfolg erringen zu können. Die Verteidiger des Kapitalismus konnten sich nicht nur stützen auf das Bürgertum, sondern zugleich auf Teile des Proletariats selbst, die, befangen in der bürgerlichen Ideologie, entweder die Notwendigkeit der Verwirklichung des Sozialismus nicht erkannten, oder durch die Verwirrungspolitik der Rechtssozialisten während des Krieges verführt, vergessen hatten, daß der Kampf um den Sozialismus zunächst ein politischer Kampf gegen die Macht der Bourgeoisie sein muß, daß das Proletariat die politische Macht nicht erobern kann mit Hilfe bürgerlicher Parteien, sondern nur im Kampfe gegen sie.

Der deutsche Partikularismus hemmte die einheitliche Aktion der klassenbewußten Teile des Proletariats. In Einzelkämpfen zersplitterte die Kraft, deren Zusammenfassung allein zum Erfolge hätte führen können. Die Erkenntnis, daß nicht durch eine örtlich begrenzte Aktion die Macht des Bürgerturns zertrümmert werden kann, wurde erkauft um den Preis einer Reihe von erfolglosen, ungeheuer opferreichen Kämpfen.

Der Widerstand des Bürgerturns gegen die Arbeiterklasse ist im Verlaufe dieser Kämpfe angewachsen. Nach der ersten Bestürzung hat die Bourgeoisie ihre ganze Kraft im Kampfe eingesetzt. Sie hat alle Kampfmittel angewandt, ohne sich durch moralische Bedenken beschwert zu fühlen. Im Lager der Bourgeoisie herrschte Streit weder um die Ziele noch um die Mittel des Kampfes. Die Arbeiterklasse mußte sich mitten im Kampfe erst zur Klarheit durchringen. Aus den Erfahrungen des Kampfes heraus wuchs der Ruf nach der Diktatur des Proletariats, als die Arbeiterklasse schon wieder die Diktatur des Kapitalismus verpönte.

Diese Erfahrungen haben der Arbeiterklasse ein gewaltiges Maß von Kraft gefostet. Die Opfer, die sie im Kampfe gebracht hat, sind in ihrem gewaltigen Ausmaß nur wenig bekannt. Wir betreiben keine Helbenderehrung. Die Namenlosen haben die größten Opfer gebracht. Ihr heißes Wollen, ihr Streben nach der Befreiung der Menschheit hat sie in den Kampf getrieben. Zehntausend haben ihre Ueberzeugung besteuert durch das Opfer ihres Lebens. Voll Verzweiflung und Zerkum, voll Kampflärm und Hoffnung, voll Enttäuschung und Opfer liegt das Jahr 1919 hinter uns. Aus den Erfahrungen zu lernen, neue Kräfte für kommende Kämpfe daraus zu gewinnen, ist die Pflicht der Arbeiterklasse. Sie schuldet es den Opfern der Revolution.

Grausamer als die deutsche Arbeiterklasse im Jahre 1919 ist noch nie ein Volk betrogen und verhöhnt worden. Im Dezember 1918 beschloß der erste Rätekongreß einstimmig die sofortige Sozialisierung der Bergwerke. Zu Beginn des Jahres 1919 versprach die Regierung der rechtssozialistischen Volksbeauftragten, die sofortige Durchführung der Be-

schlüsse des Rätekongresses. Sie versicherte pathetisch, daß es nur an der Arbeiterkraft liege, ob sozialistische Taten geschehen würden oder nicht. Die Arbeiterkraft hat es im Jahre 1919 an Taten wahrhaftig nicht fehlen lassen. Wo aber sind die Taten der Rechtssozialisten geblieben? Wo ist heute in Deutschland der Sozialismus? Was ist aus den Beschlüssen des ersten Rätekongresses geworden?

Als im Anfang des Jahres die Arbeiterkraft in Rheinland und Westfalen, in Mitteldeutschland und Berlin für die Sozialisierung kämpfte, da ließ die Regierung in markt-schreierischer Weise ankündigen: „Die Sozialisierung kommt, sie ist da!“ Wo ist die Sozialisierung, was ist im Jahre 1919 an sozialistischen Maßnahmen geschehen?

Die Sozialisierung des Bergbaues ist nicht durchgeführt worden. Ein unzulängliches Kohlenhandelsmonopol war alles, was die Nationalversammlung geschaffen hat. Eine Vorlage zur Sozialisierung des Braunkohlenbergbaues ist seit langem angekündigt, seitdem aber vollständig in Vergessenheit geraten.

Nichts ist geschehen, um wenigstens eine Syndizierung der Schwerindustrie vorzunehmen.

In der Elektro-Industrie, wo die Syndizierung schon sehr weit vorgeschritten ist, so daß einer wirklichen Sozialisierung ernsthaftes Schwierigkeiten nicht entgegenstehen, hat sich die Regierung mit einer nur teilweisen Monopolisierung und einem ganz bescheidenen Verstaatlichungsversuch begnügt.

Im Verkehrswesen ist noch nicht im bescheidensten Maße ein Anfang zur Sozialisierung gemacht worden, und in der Stickstoffindustrie, die ebenso Verkehrsmittel in Reichsbesitz ist, ist von sozialistischem Einfluß nichts zu verspüren.

Der Schiffbau wird noch durchaus von Privatunternehmungen betrieben. In seine Sozialisierung wird ebenso wenig gedacht wie an eine Organisation des Außenhandels auf sozialistischer Grundlage.

Ein Reichsversicherungsmonopol, das der ungeheuerlichen Profitwirtschaft der privaten Versicherungsgesellschaften ein Ende macht, steht noch ebenso aus wie ein Inseratenmonopol und eine Sozialisierung der Papierfabrikation, mit deren Hilfe sich die bürgerliche Pressekorruption einschränken ließe.

An eine Verstaatlichung des städtischen und des Großgrundbesitzes hat niemand gedacht. Die Hypothekendarlehen arbeiten nach wie vor im Interesse des Privatkapitalismus.

So sieht die Sozialisierung im Jahre 1919 aus! Das deutsche Wirtschaftsleben beruht nach wie vor auf kapitalistischer Grundlage. Die rechtssozialistische Regierung hat im Bunde mit den bürgerlichen Parteien an der Verankerung des Kapitalismus und am Wiederaufbau der Profitwirtschaft gearbeitet. Die Machtmittel der Bourgeoisie, der neue Militarismus, die Sabotage des Unternehmertums, die Klassenjustiz sind zielbewußt angewandt worden, um die Arbeiterkraft zu unterdrücken.

Die Nationalversammlung, die als Kampfinstrument gegen das Proletariat ins Leben trat, hat eine Verfassung gegen die Arbeiterkraft geschaffen. Kirche und Schule sollen nach wie vor als Machtmittel im Besitze der bürgerlichen Klassen bleiben und gegen die Arbeiterkraft ausgenutzt werden, Belagerungszustand und Aufhebung aller verfassungsmäßigen Garantien bilden das Kernstück dieser Verfassung. Der Klassenkampfcharakter dieses Gesetzes tritt so stark in die Erscheinung, daß es selbst der Sprecher der rechtssozialistischen Fraktion in Weimar für seine Fraktion als äußerst schwierig bezeichnete, dieser Verfassung ihre Zustimmung zu geben.

Allein diese Verfassung ist für das Bürgerturn nur die Plattform, von der aus es seine Macht weiter ausbreitet und befestigt. Die wahre Verfassung Deutschlands, das sind die realen Machtverhältnisse, wie sie sich im Jahre 1919 herausgebildet haben, sind die Weissen Garden und die Einwohnerwehren, die Hilfspolizei und die Zeitfreiwilligen-Regimenter, sind die Kanonen und Maschinengewehre der Gegenrevolution.

Diese realen Machtmittel werden vom Bürgerturn zielbewußt und systematisch gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt. Dazu die Macht, die die Bourgeoisie durch ihre Beherrschung des Wirtschaftslebens besitzt.

Der Kapitalismus feiert in Deutschland Orgien. Im Jahre 1919 hat er sich in seiner ganzen Schauerlichkeit enthüllt. Von einer planmäßigen sozialistischen Wirtschaft, ja nicht einmal von einer planmäßigen kapitalistischen Ueber-

gangswirtschaft, wie sie von Leuten wie Rathenau gefordert wurde, ist keine Rede. Das Unternehmertum fühlt sich am Ende des Jahres 1919 der Arbeiterklasse gegenüber in aller Stärke. Es verteidigt sich nicht mehr gegen den Ansturm der klassenbewußten Arbeiterkraft. Es ist zur Offenherzigkeit übergegangen. Es läßt Vergeltung für die Furcht, die es zu Beginn des Jahres ausgedrückt hat. Es zieht die Lohnschraube an. Abwehrkampf auf Abwehrkampf zwingt es der Arbeiterkraft auf. Der alte Standpunkt des Herr-im-Hause-Seins wird wieder in aller Schärfe betont. Was Arbeiterausschüsse, was Betriebsräte, was Mitbestimmungs- und Kontrollrecht! Darüber setzt sich am Ende des Jahres 1919 das Unternehmertum mit einer souveränen Handbewegung hinweg. Die alte Geißel der Arbeiterkraft, die Affordarbeit, wird erneut über ihrem Rücken von den Unternehmertum geschwungen.

Die Regierung unterstützt durch ihre Politik diese arbeitserfeindliche Tendenz der Unternehmer. Sie gibt vor, Sozialpolitik zu treiben, in Wahrheit baut sie Dämme gegen die soziale Revolution. Sie gibt vor, mit Hilfe von Scheinbetriebsräten den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht in der Produktion zu geben, in Wahrheit verhindert sie das wirkliche Bestimmungs- und Kontrollrecht der Arbeiter und legt dem Klassenkampf Fesseln an. Sie erstrebt nicht den Sozialismus, sondern die soziale Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, also die Berewigung des Kapitalismus.

Zu dem Druck des Unternehmertums auf die arbeitenden Klassen kommt der Druck der Agrarier. Weit entfernt davon, eine sozialistische Planwirtschaft in der Landwirtschaft durchzuführen, hat die Regierung dem Drängen der Agrarier nach der freien Wirtschaft immer weiter Raum gegeben und die Preistreiber der Agrarier zum Schaden der minderbemittelten Bevölkerung unterstützt. Zum Danke dafür läßt die Landwirtschaft planmäßige Sabotage. Sie kommt ihrer Ablieferungs-pflicht nicht nach. Sie hungert die städtische Bevölkerung aus, um durch die Nahrungsknappung die immer noch revolutionäre Arbeiterkraft in den Städten müde zu machen. Sie leistet offenen, teilweise sogar bewaffneten Widerstand, wenn sie durch staatliche oder kommunale Dränge an ihre Ablieferungs-pflicht gemahnt wird. Sie ist dazu in der Lage. Hat doch die Regierung den reaktionären Elementen auf dem platten Lande erst die Waffen dazu geliefert.

Unternehmer und Agrarier hungern die Arbeiterkraft durch Lohnbrud, Preistreiber, Nahrungsmittelsperre systematisch aus. Die Klassenverhältnisse haben sich verschärft. Während einzelne Privatwirtschaften ungeheure Gewinne machen, wächst die Zahl der Elenden immer mehr an und die Not steigt immer höher.

Der neue Kapitalismus wird aufgebaut auf dem allgemeinen Zusammenbruch der Volkswirtschaft, auf den Leichen des Proletariats.

Die Staatswirtschaft zeigt daselbe Bild. Auch hier steht die Politik im Zeichen der Parole: Nach uns die Sintflut! Die Schuldenlast ist auf weit über zweihundert Milliarden gestiegen, höher als die Summe der in Deutschland vorhandenen materiellen Werte beträgt. Die deutsche Wata ist vollständig zusammengebrochen. Die wahnsinnige Anleihepolitik aus der Kriegszeit wird von der Regierung fortgesetzt, um das finanzielle Elend noch zu vergrößern. Die letzte Sparprämienanleihe hat knapp soviel eingebracht, daß die Banknotenpresse noch nicht einmal einen Monat lang auslegen kann. Der Staatsbankrott ist längst da. Das ganze Jahr 1919 stand im Zeichen des schleichenden Bankrotts, der sich immer mehr als ein langwieriger Prozeß entpuppt, dessen Kosten die Arbeiterklasse zu tragen hat.

Und dabei haben wir noch nicht einmal Frieden! Der Krieg und seine Wirkungen haben die wirtschaftlichen Grundlagen der europäischen imperialistischen Mächte erschüttert. Um so stärker das Bestreben dieser Mächte, aus dem unterlegenen Deutschland soviel als möglich herauszuholen. Sie können freilich nicht hoffen, nun noch mehr ansehnliche materielle Werte von Deutschland zu erhalten, aber sie benutzen ihre Ueberlegenheit, um die Ideologie der eignen Völker in imperialistischen Gedankengängen gebannt zu halten. Dem aufsteigenden Unwillen und der Verzweiflung über den herannahenden Zusammenbruch auch in ihren Ländern halten sie die Fata Morgana der Schätze entgegen, die sie auf Grund ihres Sieges angeblich noch aus dem besiegten Deutschland herausholen können.